

Volks-Zeitung

Verleger: Dr. Otto Rühle, Berlin-Steglitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Rühle, Berlin

Table with 2 columns: Item name and price. Includes items like Zucker, Mehl, and various oils.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes various types of meat and poultry.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes various types of coal and fuel.

Schnelldienst

Poincaré wird am Sonnabend in Dänischen sprechen.

Der Staatssekretär Hamm wurde von den Franzosen wieder freigelassen und ist in Berlin eingetroffen.

W. I. S. veröffentlicht eine zusammenfassende Darstellung der von den Besatzungstruppen seit dem Aufbruch begangenen Verbrechen.

Mussolini empfing gestern die Kommandanten der Faschisten-Abteilungen von ganz Italien.

Die Besatzungstruppen haben in Mannheim das Industriegebiet besetzt und Gewerkschaftsbüros umstellt.

Der tschechoslowakische Gesandte Lutz ist nach Berlin zurückgekehrt.

Am 21. April findet in Rom eine große Faschistenversammlung statt.

Dollar: 21 140

Dr. Zeigners Programm

Die von dem neuen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner abgegebene Regierungserklärung hat in der Presse allgemeine Beachtung und eingehende Kritik gefunden. Soweit diese Kritik sich auf dem Boden der Sachlichkeit hält und auf das Gefährliche des Experimentes der sozialdemokratisch-kommunistischen Union hinweist, ist sie mit Recht. Etwas anders liegt die Sache bei den Organen der Reichs- und der Volkspartei, die Herrn Dr. Zeigner mit Schimpf und Schand überhäufen. Das führende Blatt der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, verleiht sich sogar zu der dekorativen Ueberschrift „Der Ministerpräsident als Landesverräter“. Was soll das? Auch die „Zeit“ dürfte so viel über die Entscheidungsgeschichte der neuen sächsischen Regierung wissen, daß sie, ohne auf eine Darlegung ihrer prinzipiellen Gegnerlichkeit zu verzichten, von einer solchen ebenso plumpen wie ungerechtfertigten Beleidigung mit gutem Gewissen absehen könnte. Auch den sächsischen Sozialdemokraten ist die Allianz mit den Kommunisten nicht leicht gefallen, das beweisen die langen, oft unterbrochenen Vorverhandlungen. Das ist schließlich so weit kam, daran ist nicht die Sozialdemokraten allein schuld, mindestens im gleichen Maße ist dafür der Vorkrieg im bürgerlichen Lager Sachsens verantwortlich zu machen. Der sehr gemäßigte frühere Ministerpräsident Bud ist doch durch eine Abtötung gestiftet worden, in der die Kommunisten mit einem plötzlich perfekt gewordenen Bürgerblock gemeinsam vorgingen. Die Lage der Regierung Zeigner ist ungeheuer prekär. Auf seine sichere parlamentarische Mehrheit gestützt, bleibt ihr nichts als die Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten übrig, auf die sie natürlich Rücksicht nehmen muß. Das sollte gerade in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, dieser geborenen Partei des Patrierens verstanden werden. Man mag Herrn Dr. Zeigners Antrittsrede als sein großes diplomatisches Meisterstück einschätzen, daß sie aber Konzeption an die „Freunde“ zur Linken entfiel, die den Boden der Verfassung verlassen, kann man mit Recht nicht behaupten. Die Aeußerung des Ministerpräsidenten über Aufrüstung und Reparationen, die es der „Zeit“ besonders angetan hat, kann man durchaus anfechten, aber der sächsische Ministerpräsident hat immerhin das gleiche Recht, seine Meinung zu sagen wie der bayerische, der davon in reichstem Maße Gebrauch macht, ohne daß die „Zeit“ jemals ein Haar in diesen echt bayerischen Knäueln gefunden hätte, die durchaus nicht immer nach den Rezepten der Reichspolitik zubereitet sind.

Das unterliebene Trauergeleit in Bayern

In den weitesten Kreisen Bayerns herrscht Empörung, daß sich die bayerischen Kirchen an dem Grabgeleit für die Todesopfer in Eisen nicht beteiligt haben. Natürlich handelt es sich bei dieser Unterlassung nicht um bösen Willen, sondern um ein organisatorisches Versehen. Die demokratische Landtagsfraktion richtete in der Sache an die bayerische Regierung folgende Anfrage: Ist die Staatsregierung in der Lage, darüber aufzuklären und zu begründen, warum das kirchliche Grabgeleit, das im ganzen Reich für die von den Franzosen in Eisen ermordeten Deutschen stattgefunden hat, allein in Bayern unterblieben ist?

Wenn man die Erfolge der bayerischen Hege gegen das Reich und Berlin einer objektiven Würdigung unterzieht, kann man sich nicht wundern, daß an dem Tage, an dem der Ausdruck der nationalen Trauer eine Pflicht der Selbstverständlichkeit war, ausgerechnet Bayern sich davon drückte, seine Zugehörigkeit zu Deutschland zu dokumentieren.

Deutsches Volksschulwesen in Nordshleswig. Wie aus Copenhagen berichtet wird, brachte in der gestrigen Sitzung des Reichstages der Unterrichtsminister Appel eine Gesetzesvorlage zur Aeußerung des Volksschulwesens in den Nordshleswiger Gebieten ein. Die Gesetzesvorlage wurde einem Ausschuss überwiesen.

Eine Niederlage des Kabinetts Bonar Law

Sieben Stimmen Unterhausmehrheit gegen eine Regierungsvorlage — Nur eine Zufallsabstimmung? — Lebhaftes Erörterung der möglichen Folgen

London, 11. April. (W. I. S.)

Im Unterhaus hat in der Frage der Verwendung von vormaligen Soldaten in der Zivilverwaltung die Regierung mit 145 gegen 138 Stimmen eine Niederlage erlitten.

Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der rein technischen Frage, ob die Beratung des Etats für den Zivildienst fortgesetzt werden solle. Unmittelbar vor der Abstimmung fand eine Aussprache über die Frage der Verwendung früherer Soldaten im Zivildienst statt. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet, und viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend. Es ist noch nicht bekannt, ob die Niederlage der Regierung politische Folgen nach sich ziehen wird. Aber die technischen Folgen sind ernst, da das Haus durch seine Abstimmung beschloffen hat, den Etat für den Zivildienst nicht zu erörtern.

In den Wandelgängen des Unterhauses wurde die Niederlage der Regierung eifrig besprochen. Die Anhänger des Ministeriums geben zu, daß trotz der rein technischen Frage, bei der die Regierung gescheitert wurde, eine mißliche Lage geschaffen worden ist, und daß das Ansehen der Regierung gelitten hat. Wie verlautet, wird die Regierung wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit dem Hause den Antrag wieder unterbreiten, bei dem sie gescheitert wurde, und so die heutige Abstimmung anfechten, in welchem Falle seine Krisis entstehen würde.

Bei Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses kam es im Unterhaus zu einer heftigen Szene. Als die Zahlen der Abstimmung bekannt gegeben waren, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in langdauernde Beifallsrufe aus.

Wichtige Mitglieder winkten mit Taschentüchern, waren Schriftstühle in die Luft und schrien: „Zurücktreten! Macht eure Wahlaufrufe fertig!“

Die Beifallsrufe dauerten mehrere Minuten lang. Hierauf fragte Macdonald, was die Regierung zu tun beabsichtige und ob sie die Vertagung des Hauses beantragen werde. Im Namen der Regierung beantragte hierauf Neville Chamberlain die Vertagung auf Mittwoch. Das Haus gab diesem Antrag unter den ironischen Beifallsrufen der Opposition statt. Die Niederlage wird auf ein Versehen der Regierungseinspeisiger zurückgeführt, die auf die Abstimmung nicht gefaßt waren.

Paris, 11. April. (G. G.)

Lord Curzon, der sich gegenwärtig zur Erholung in Tours in Frankreich befindet, soll beabsichtigen, noch vor der Ruhedebatte

im Oberhaus, die am 17. April stattfindet, nach London zurückzukehren.

London, 11. April. (W. I. S.)

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt: Bonar Law's Gesundheit bilde das Thema zahlreicher Erörterungen in politischen Kreisen; es sei unter diesen Umständen nicht übersehend, daß das Gerücht weit verbreitet sei, daß der Premierminister gezwungen sein könnte, sein Amt niederzulegen oder einige der konservativen Führer aus der vormaligen Koalition zu überreden, wieder in die Regierung einzutreten.

Am Sonnabend Poincaré-Rede

Die Denkmalseinweihung in Dänkirchen — Keine Herabsetzung der deutschen Schuld an Frankreich

Paris, 11. April. (G. G.)

Am kommenden Sonnabend wird sich Poincaré in Begleitung des Marineministers Raberri zur Einweihung eines Denkmals für die im Kriege Gefallenen nach Dänkirchen begeben. Er wird dort eine Rede halten und die von ihm erwarteten politischen Erklärungen abgeben.

Poincaré wird bei dieser Gelegenheit noch einmal erklären, daß Frankreich seiner Herabsetzung der deutschen Schulden an Frankreich zustimmen und daß Frankreich das Ruhrgebiet nur nach Wahrung der deutschen Zahlungen wieder räumen werde. Er wird ferner erklären, alles was Frankreich tun könne, sei eine Annullierung der Schatzbonds der Serie C. Alle Ansprüche seien im übrigen der Aktion der Franzosen und Belgier im Rheinland und Ruhrgebiet günstig. Deutschland bleibe nur der Weg der unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich übrig.

Gerüchte von einer neuen Loucheur-Reise

London, 11. April. (W. I. S.)

Das Reutersche Bureau erfährt, daß in gut unterrichteten Kreisen in London nichts über einen zweiten Besuch Loucheurs in England zwecks offizieller Unterredung mit der britischen Regierung bekannt ist. Bezüglich der aus Paris stammenden Gerüchte behauptet eine Reutersche Quelle, daß alle Vorschläge, die von der französischen Regierung unterbreitet wurden, impathische Erwägung seitens der englischen Regierung finden würden.

Staatssekretär Dr. Hamm wieder frei

Bis gestern abend in Rastrop festgehalten — Heute in Berlin eingetroffen

Berlin, 11. April. (W. I. S.)

Staatssekretär Dr. Hamm, der am Montag abend in Scharnhorst von den Franzosen festgehalten und dadurch verhindert worden war, an der Trauerfeier für die Opfer des Essener Blutbades teilzunehmen, ist gestern abend 8 Uhr von Rastrop unter militärischer Bedeckung nach Scharnhorst gebracht und aus dem Einbruchgebiet ausgewiesen worden. Staatssekretär Dr. Hamm ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Die Verhaftung des Staatssekretärs Hamm ist das ungewöhnlichste Stück Taktlosigkeit, das sich der französische Militarismus bis jetzt leistet hat. Staatssekretär Hamm fuhr nach Essen, um die Reichsregierung beim Begräbnis der Essener Opfer zu vertreten. Der Kommandeur von Essen hatte sogleich Achtungsgefühl vor der Majestät des Todes, daß er das Begräbnis in seiner Weise störte. Die in Scharnhorst amtierenden Schergen des Herrn Poincaré ließen dagegen den Trauerzug nicht weiter reisen, beraubten ihn der Freiheit und brachten ihn gewaltsam wieder ins unbesetzte Gebiet. Herr Hamm, eine korrekte und vornehme süddeutsche Beamtennatur, hat natürlich gegen die beispiellose Gefährlichkeit und die Freiheits der französischen Gewalttäter, die den Chef der Reichsanzlei an der Wahrnehmung amtlicher Pflichten hinderten, an Ort und Stelle protestiert. Er ist jedoch stillschweigend zurückgekehrt, und er wird wahrscheinlich auch jetzt keinen Interviewer empfangen. Mit der deutschen Regierung aber protestiert das deutsche Volk auf das schärfste gegen die französische Gewalt und Herzensstumpfheit. Darüber hinaus aber dürfte es in der ganzen zivilisierten Welt über diese französische Schandtat nur eine Meinung geben.

Neue „Maßnahmen“ in Mannheim

Befehung des Industriegebietes — Umstellung von Gewerkschaftsbüros

Mannheim, 11. April. (W. I. S.)

Heute früh gegen 9 Uhr marschierte eine französische Kompanie von Ludwigshafen kommend über die Rheinbrücke in das Industriegebiet an Neckar ein. Während ein Teil der Truppe sich in der Nähe der Spahnbrücke auf der Mannheimener Seite des Neckar mit zur Stunde noch unbekanntem Zweck lagerte, hat eine andere Abteilung das Bureau der Transportarbeiter- und Schiffergewerkschaft umstellt, offenbar in der Absicht, die im Gewerkschaftsbureau aufbewahrten Lohngehälter zu beschlagnahmen.

Neue Wohnungsverbotesmaßnahmen

Köln, 11. April. (W. I. S.)

In Koblenz waren bis heute vormittag 70 Dienstwohnungen mit etwa 250 Personen geräumt. Heute müssen noch weitere 30 Dienstwohnungen geräumt werden. Oberbahnhofsvorsteher Stille aus Schiefeln ist vom Kriegsgericht in Aachen zu drei Monaten Gefängnis und 300 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Oberbahnhofsvorsteher Wagner, die Eisenbahnassistenten Rupper, Schefftrick und Buchenheim haben von den Franzosen den Befehl erhalten, ihre im Empfangsgebäude liegenden Dienstwohnungen bis 11. April, vormittag 10 Uhr zu räumen. In Weststadt müssen vier Beamte ihre Wohnungen räumen.

Brüsseler Merger über Loucheurs Reise

Paris, 11. April. (G. G.)

Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, die belgische Regierung habe auf die Rate Poincaré's, die sich mit der Reise Loucheurs nach London beschäftigte, geantwortet, zu den Antwortworten Belgien werde auf die G.